

V-36 NEU Einmarsch der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig –
Rüstungsexporte an die Türkei umgehend stoppen

Antragsteller*in: Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Modifiziert

- 1 Am 21. Januar 2018 startete die Türkei mit der „Operation Olivenzweig“ den Einmarsch
2 in die
3 nordsyrische Region Afrin, die eines der Rückzugsgebiete für Flüchtlinge und
4 Binnenvertriebene in Syrien ist. Unzählige Menschen sind bereits durch den Krieg
5 Assads
6 gegen seine eigene Bevölkerung und die barbarischen Verbrechen vom ISIS zur Flucht
7 in genau
8 dieses Gebiet gezwungen worden, sie dürfen nicht noch einmal den Horror von Krieg
9 und
10 Vertreibung erleben. Der türkische Militäreinsatz richtet sich gegen die YPG den
11 militärischen Arm der kurdischen PYD, die die Autonomiebehörde kontrolliert. Doch sind
12 auch
13 zivile Opfer zu beklagen. Nach der entscheidenden Schwächung von ISIS, bei der unter
14 anderem
15 kurdische Milizen der YPG eine entscheidende Rolle gespielt haben, tritt der Krieg in
16 Syrien
17 mit der Invasion in eine weitere erschütternde Gewaltphase ein. Mit dem Einmarsch in
18 Nordsyrien gießt Präsident Erdogan Öl in den regionalen Flächenbrand. Bündnis 90 / Die
19 Grünen verurteilen diese Invasion als eine Verletzung des Völkerrechts sowie als eine
20 unverantwortliche militärische Gewalteskalation. Das militärische Vorgehen der Türkei
21 in
22 Syrien wird die Lage dort dramatisch verschlimmern und das Ausmaß der humanitären
23 Katastrophe weiter vergrößern. Bereits jetzt befinden sich laut UN-Angaben mehr als
24 5.000
25 Menschen auf der Flucht vor der türkischen Offensive.
- 17 Der Einmarsch der Türkei ist einerseits innenpolitisch motiviert, er soll von der
18 schlechten
19 wirtschaftlichen Entwicklung und der tief gespaltenen Gesellschaft ablenken. Erdogans
20 Außenpolitik der vergangenen Jahre ist krachend gescheitert. Von seinem Ansatz der
21 „null
22 Probleme mit den Nachbarn“ ist heute eine Situation voller Konflikte mit fast allen
23 Nachbarn
24 geworden. Nach der Aufkündigung der Friedensgespräche mit der PKK und einem
25 unverhältnismäßigen militärischen Einsatz auch gegen die kurdische Zivilbevölkerung
26 im
27 Südosten der Türkei hat Erdogan es bisher nicht geschafft, eine tragfähige politische
28 Lösung
29 der sogenannten Kurdenfrage anzubieten. Gleichzeitig kritisieren wir auch die Nähe der
30 YPG
31 zur PKK, deren Teilorganisationen in der vergangenen Jahren schwere Terroranschläge
32 in der
33 Türkei auch gegen Zivilisten verübt haben. Dieses Anheizen der Gewaltspirale wird den

27 innertürkischen Konflikt nicht lösen. Wir verurteilen diese Gewalt scharf. Die
Verbindungen
28 zwischen der YPG und der PKK rechtfertigen jedoch keinen Einmarsch in Syrien, für die
Türkei
29 sind sie aber ein berechtigter Grund zur Sorge.

30 Andererseits nutzt der türkische Einmarsch vor allem den syrischen und russischen
31 Kriegsinteressen, denn er richtet sich gegen die innenpolitische Opposition Assads und
32 treibt einen Keil zwischen die Türkei und ihre NATO-Partner – allen voran die USA, die
33 bislang die kurdischen Einheiten auch mit Waffen unterstützt haben. Damit rückt eine
34 politische Lösung des Syrienkonflikts in weite Ferne.

35 Der türkische Einmarsch zeigt zudem auch das Scheitern der deutschen und
europäischen
36 Türkei politik auf. Viel zu lange wurde kaum oder viel zu leise Kritik an den zunehmend
37 autokratischen und unberechenbaren Kapriolen der türkischen Innen- und Außenpolitik
geübt.

38 Mit dem Flüchtlingsdeal hat sich die EU durch Erdogan erpressbar gemacht. Präsident
Erdogan
39 fühlt sich offensichtlich immun genug, um sich eine ganze Reihe innen- und
außenpolitischer
40 Eskalationen zu erlauben, ohne laute Kritik aus Berlin und Brüssel befürchten zu
müssen. Die
41 Bilder von offenkundig deutschen Leopard-2-Panzern in Syrien sind eine drastische
42 Illustration der fehlgeleiteten deutschen Rüstungsexportpolitik in Krisen- und
Konfliktländer
43 der letzten Jahre. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hat der Türkei gerade erst die
44 Modernisierung der Panzer in Aussicht gestellt. Erneut rücken Menschenrechte und
Demokratie
45 in den Hintergrund, weil ein lukratives Angebot für Rheinmetall winkt.

46 Auch die vermeintliche Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen ist nur
Fassade,
47 solange Deniz Yücel und andere politische Geiseln unschuldig in Haft sitzen. Deniz Yücel
48 verdient unseren größten Respekt dafür, dass er in seinem letzten Interview deutlich
gemacht
49 hat, nicht durch schmutzige Deals mit der Türkei freikommen zu wollen. Es muss der
deutschen
50 und europäischen Außenpolitik gelingen, gegenüber der Türkei aus dem Teufelskreis
aus
51 Abhängigkeit und Eskalation auszubrechen.

52 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und
deren mögliche
53 Deeskalation diskutiert und sind nicht den leichten Weg vieler anderer gegangen,
einfache
54 Antworten auf komplizierte Fragen zu geben. Wir haben uns für umfassende zivile und
55 politische Lösungen stark gemacht. Die kann es aber nur geben, wenn die
internationale
56 Gemeinschaft ihren politischen Willen dazu deutlich erhöht.[\[1\]](#)

- 57 Die Entwicklung hat der letzten Woche in erschreckender Eindeutigkeit gezeigt, dass
Frieden
58 im Mittleren Osten ohne eine Einbeziehung kurdischer Interessen nicht machbar sein
wird.
59 Schon jetzt versuchen Menschen in der Region - seien es Kurd*innen, Alevit*innen,
60 Araber*innen, Christ*innen, Jesid*innen, Assyrer*innen oder Armenier*innen - unter
widrigen
61 Umständen eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Vertreibungen,
Diskriminierungen von
62 Minderheiten und Menschenrechtsverletzungen, die nach wie vor stattfinden,
verurteilen wir.
- 63 Wir bekennen uns zu einem friedlichen, international getragenen Umgang mit der
Kurdenfrage.
64 Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges und weiterer
militärischer
65 Aufrüstung liegen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten
und
66 Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
- 67 Wir kritisieren den Aufruf des türkischen Religionsattachés an die Gläubigen der DITIB-
68 Gemeinden, die Sieg-Sure (Fetih) zu beten, in der es um das Ziel der Eroberung geht.
69 Verherrlichung von Krieg und nationalistische Stimmungsmache lehnen wir
ausdrücklich ab. Wir
70 appellieren, die Diskussion über die aktuellen Entwicklungen in Syrien mit Argumenten
und
71 friedlich zu führen. Angriffe auf Moscheen oder kurdische Einrichtungen in Deutschland
72 verurteilen wir.
- 73 Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:
- 74 • Die Bundesregierung muss sich für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs
in
75 Nordsyrien einsetzen.
 - 76 • Die Bundesregierung muss umgehend die völkerrechtswidrige Intervention der
Türkei
77 innerhalb der NATO auf den Tisch bringen und darauf drängen, dass die NATO
endlich
78 geeignete Konsequenzen daraus zieht.
 - 79 • Mehr denn je müssen Deutschland und Europa klare Kante für Demokratie und
80 Menschenrechte in der Türkei und in der Region zeigen. Das politische Handeln
muss
81 konsequent auf die Unterstützung der verbleibenden demokratischen Kräfte in der
Türkei
82 ausgerichtet werden.
 - 83 • Alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei müssen umgehend gestoppt werden,
bis die
84 Türkei zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt. Das gilt auch für die
von
85 der türkischen Regierung geforderte Aufrüstung der Leopard-II-Panzer, die

offenkundig

86 in der gegenwärtigen türkischen Militäroffensive eingesetzt werden. Ebenso
gehören
87 Pläne zur Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien, wie sie
jüngst im
88 Fall des Rheinmetallvorhabens zur Unterstützung des Aufbaus einer Panzerfabrik
in der
89 Türkei öffentlich wurden, ausnahmslos beendet. Die Gesetzeslücke, die solche
Pläne
90 ermöglicht, muss dringend geschlossen werden.

- 91 • Es braucht eine diplomatische Offensive gegenüber der Türkei Türkei und
Vertreterinnen
92 und Vertretern der kurdischen Bevölkerung in der Region, um Druck für eine
politische
93 Lösung der Kurdenfrage zu erreichen. Für die Zukunft der Region kann es nur eine
94 friedliche und politische Lösung geben.
- 95 • Der Flüchtlingsdeal mit der Türkei schirmt Europa nicht nur vor Verantwortung,
sondern
96 Präsident Erdogan auch vor Kritik ab. Die EU hat sich dadurch gegenüber der
Türkei
97 erpressbar gemacht. Diesen Türkei-Deal wollen wir beenden. Zugleich sollte damit
die
98 europäische Unterstützung der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht
99 abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität
haben.
100 Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- 101 • Die Bundesregierung muss den politischen und wirtschaftlichen Druck auf die AKP-
102 Regierung erhöhen, damit Deniz Yücel und alle anderen politischen Gefangenen
endlich
103 ein rechtsstaatliches Verfahren erhalten und alle unschuldig Inhaftierten frei
kommen.
- 104 • Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion kann es erst geben, wenn die
Türkei
105 eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Das gilt
auch
106 für die Fortführung der Beitrittsgespräche, die de facto bereits auf Eis liegen.
107 Europäische Heranführungshilfen sollten ausschließlich an zivilgesellschaftliche,
pro-
108 demokratische Organisationen ausgezahlt werden. Die Beitrittsgespräche jetzt
aber
109 komplett abbrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und
110 demokratischen Kräfte in der Türkei senden. Für eine demokratische und
weltoffene
111 Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.
- 112 • Wir stehen an der Seite derer die für eine friedvolle Lösung auf der Grundlage von
113 Völkerrecht und Menschenrechten in Deutschland gewaltfrei demonstrieren.

Begründung

Neufassung der Anträge V-32, V-33, V-35, V-36 und V-37

[1] 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden: „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen“ sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement in der Welt brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der Türkei“; 2016 in Münster [Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten - politische Lösung voran bringen.](#)

weitere Antragsteller*innen

siehe Anträge (V-32, V-33, V-35, V-37)